

## VORWÄRTS ZUM REVOLUTIONÄREN LINKSSOZIALISMUS!

In der "Zukunft", dem theoretischen Organ der SPÖ, nimmt Josef Hindels neuerlich das Wort, um Reformismus und Linksozialismus voneinander abzugrenzen (siehe "Zukunft", Nr. 9, Sept. 48). Es ist nicht klar ersichtlich, ob Hindels bloß in seinem Namen oder in dem einer ganzen Gruppe spricht. Aber wie dem auch sei: er hat zweifellos das Verdienst, die Frage Reformismus und Linksozialismus ernstlicher angeschnitten zu haben und zu untersuchen. Und wahrhaftig: die Frage ist ernst genug und außerdem von großer Aktualität. Viele bewußtere Arbeiter, die heute der SP folgen, machen sich längst über den Reformismus Gedanken dessen "realistische" Politik mit ihren Resultaten sie ganz praktisch an eigenen Leibe verspüren. Sie denken aber genau so kritisch über den Stalinismus: sie haben dessen Besetzungspolitik kennengelernt und erkennen Schritt für Schritt, daß diese nur als Ausschnitt aus der stalinistischen Politik überhaupt zu nehmen ist, daß sich Reformismus und Stalinismus, trotz ihrer Differenzen, eigentlich gegenseitig in die Hände arbeiten, daß beider Politik nur ein Resultat hat: Verhinderung der sozialistischen Revolution.

Diese Situation, in welcher sich die aktiveren, ernstdenkenden Arbeiterelemente in der SP befinden, stellt die Frage nach einem Ausweg auf die Tagesordnung. Wenn ich den Reformisten nicht mehr traue, aber ebensowenig den "Kommunisten", lies: Stalinisten traue, wen soll ich dann trauen, welchen Weg soll ich dann beschreiten, um vorwärtszugehen? Diese Frage stellen heißt die Frage nach dem wirklich revolutionären Linksozialismus aufwerfen, der sich aus dem reformistischen Lumpf herausarbeitet, den stalinistischen vermeidet und tatsächlich die revolutionäre Bahn zum Sozialismus beschreitet. Niemand wird bestreiten, daß in breiten Arbeiterkreisen innerhalb der SP der Drang nach einer solchen revolutionären Orientierung besteht, daß besonders die Betriebsarbeiterschaft, ihr aktivster, kampfwilligster Teil, und der bewußtere Teil der Jugend instinktiv versuchen, diesen Weg aufzuspüren. Diesen wichtigsten Teilen des Proletariats wirklich den Weg zum revolutionären Linksozialismus zu weisen, ist daher eine Aufgabe, die höchst aktuell ist und mit vollem Ernst in die Hand genommen werden muß.

Wie weit ist Hindels geeignet, diesen Weg zu weisen? Diese Frage wollen wir an Hand seines Artikels untersuchen. Es liegt uns nicht daran, ein endgültiges Urteil über ihn zu fällen: alle Dinge sind im Fluß und erst die Erfahrung wird zeigen, ob unser heutiges Urteil über ihn sich bewähren wird. Es liegt an ihm, dieses Urteil richtigzustellen. Programme und Ansichten werden durch den praktischen Kampf überprüft, der erst zeigt, ob hinter den Worten wirklicher Ernst steht, ob die unzulänglich erkannten Ansichten revidiert werden und ob tatsächlich der Weg nach vorwärts beschritten wird. Auch Hindels bleibt diese Prüfung nicht erspart. Koch weniger bleibt sie, was entscheidend wichtiger ist, den ernstlich nach links drängenden kampfwilligen Arbeitern erspart, die heute, mehr oder weniger bewußt, die Ansichten Hindels teilen. Und an sie richten sich in erster Linie diese Zeilen! Wenn sie es verstehen werden, an Hand der Lehren der Erfahrung die richtigen Schlüsse zu ziehen, dann ist uns um die Entwicklung des wirklichen, revolutionären Linksozialismus nicht bange. Es ihnen zu erleichtern, diese Schlüsse zu ziehen, dem dient unsere theoretische Analyse der Anschauungen, die Hindels heute vertritt.

### Drei Hauptprobleme des Linksozialismus

Mindels stellt drei Hauptprobleme in den Vordergrund seiner Untersuchung. An ihnen, meint er, zeigt sich besonders deutlich die Kluft, die Reformismus und Linksozialismus trennt. Diese drei Hauptprobleme sind: die Frage der Koalition, des Bündnisses mit bürgerlichen Parteien; die Frage des außerparlamentarischen Kampfes, des Massenkampfes; und schließlich die Frage der Staatsauffassung.

Mindels hat damit zweifellos die Grundfrage aufgerollt, die tatsächlich die Hauptstreitpunkte zwischen Reformismus und Linksozialismus bilden. Das eigentliche zentrale Problem ist und bleibt aber die Frage der Koalitionspolitik, oder, wie er es nennt, das Problem der Koalitionsgesinnung. Von dieser eigentlichen Grundfrage muß ausgegangen werden, sie steht im Zentrum und alle anderen Fragen ranken sich um sie, auch die Fragen des Massenkampfes und der Staatstheorie. Die Grundeinstellung in diesen letzteren entspringt vollständig der Grundeinstellung in der Frage der Koalitionspolitik, wie wir zeigen werden.

### Die zentrale Frage, die Frage der Koalitionspolitik

Was heist Koalitionspolitik? Mindels definiert sie als die Frage des Verhältnisses der SP zu den bürgerlichen Parteien. Richtig stellt er fest, daß die heute beliebte Ersetzung des Wortes "Koalition" durch das Wort "Konzentration" nichts vom Wesen der Sache ändert; auch die auch die "Konzentration" ist Koalition, ist Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien, welche die Reformisten mit einer neuen Etikette versehen, um sie den Arbeitern schmackhafter zu machen.

Aber Mindels dringt nicht auf den Grund der Frage. Was zeigt sich deutlich einige Zeilen tiefer, wo er schreibt "Es wäre falsch, die Koalition, die Zusammenarbeit der Sozialisten mit bürgerlichen Parteien, als prinzipielles Merkmal des Reformismus zu bezeichnen". Er sucht diesen Satz dadurch zu stützen, daß er auf die schwedische und englische SP hinweist, die nach dem Kriege die Koalition "aufgelöst" und "rein sozialistische" Regierungen gebildet hätten. "Reformismus muß also", schließt er daraus, "nicht immer Koalitionspolitik sein".

Das geht völlig daneben. Die Koalitionspolitik hat verschiedene Erscheinungsformen. Gerade diese genau zu untersuchen ist eine Aufgabe, der sich Mindels noch unterziehen muß. Die Koalitionspolitik kennt offene und verdeckte, verhüllte Formen: sie zeigt sich als offene, unverhüllte Zusammenarbeit der SP mit bürgerlichen Parteien in der kapitalistischen Regierung, sie zeigt sich als "Tolerierungspolitik" (wie vor 1933 in Deutschland), sie tritt bald auf als "oppositionelle" Politik, bei welcher sich die SP außerhalb der bürgerlichen Regierung in "Opposition" befindet, sie zeigt sich in raffinierterer Form, wenn die SP (Labour Party) eine "rein sozialistische" Regierung bildet - im kapitalistischen Staat, wie in England, Schweden usw. Allen diesen Formen der Koalitionspolitik ist ein Grundmerkmal, eine Grundeinstellung eigen: daß die kapitalistische Wirtschaft, der kapitalistische Staat vom Proletariat nicht revolutionär umgewälzt werden braucht, sondern daß der Sozialismus auf dem Wege von Reformen friedlich herbeigeführt werden könne. Diese Grundeinstellung ist für den Reformismus charakteristisch, ist sein grundlegendes Merkmal, ist seine politische Grundlinie der Koalition, der Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien, sei sie nun offen oder verdeckt. Und diese Grundeinstellung benarricht die englische wie die schwedische SP genau so, wie die übrigen SPen - obwohl sie "rein sozialistische Regierungen" gebildet haben! Mindels selbst widerlegt - Mindels, wenn er fast in einem Zuge sagt, die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien, sei kein prinzipielles Merkmal des Reformismus und dabei auf England und Schweden hinweist - und gleich danach die schwedische Partei als eine der stärksten

Die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien, mit der Kapitalisten-  
klasse, die Koalitionspolitik ist das grundlegende, prinzipielle  
Merkmal des Reformismus, einer reformistischen Partei. In England und  
 Schweden ist die Lage so, daß die nach wie vor an der Macht befindliche  
 Kapitalistenklasse es für vorteilhafter für die Erhaltung der kapital-  
 listischen Macht in Wirtschaft und Staat erachtet, wenn sie selbst aus  
 der Regierung wegbleibt und sie der SP überläßt. Aber regieren heißt  
 noch nicht, die Macht besitzen! Kapitän des kapitalistischen Schiffes  
 bleibt die Kapitalistenklasse; die SP ist nur zum Steuermann avanciert!  
 Das ist in England und Schweden der Fall. Die Herrschaft der Bourgeoisie  
 ist dort sogar noch solider, besonders was Schweden anbelangt; die  
 große Masse der Arbeiterschaft ist tatsächlich in der Illusion befangen  
 daß es zum Sozialismus vorwärts geht.

Mit dem Hinweis Hindels auf die englische und schwedische SP ist es  
 also nichts. Nicht allein die offene Zusammenarbeit mit bürgerlichen  
 Parteien ist für den Reformismus kennzeichnend, sondern seine grund-  
sätzliche Einstellung und Haltung zu den bürgerlichen Parteien, zur  
Kapitalistenklasse, zum kapitalistischen Staat. Darauf weist Hindels  
 selbst hin, wenn er von der "Koalitionsgesinnung" der Reformisten  
 spricht. Ja, die "Koalitionsgesinnung", die Grundeinstellung auf die  
Koalition, auf die Zusammenarbeit (in verschiedenen Formen) mit der  
Kapitalistenklasse und ihren Parteien ist das prinzipielle Merkmal  
des Reformismus. Worauf er höchstens aussetzt, ist die Fiktion des  
 kapitalistischen Blends, des kapitalistischen Systems selbst. Heute,  
 in der Verfallsepoche des Kapitalismus, kann der Reformismus nicht  
 einmal eine Abschwächung des kapitalistischen Blends mehr herbeiführen.

Wer also die Beseitigung der Wurzel des Massenelends, die Vernichtung  
 des Kapitalismus ernstlich will, muß sich die Frage stellen: ist die  
 reformistische Zusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse und deren  
 Parteien mit dem proletarischen Klasseninteresse und dem konsequenten  
 proletarischen Klassenkampf vereinbar oder nicht? Darauf hat die Theorie  
 längst geantwortet und die Praxis des Reformismus, die Resultate seiner  
 Politik haben diese Antwort millionenfach untermauert: jede, auch nur  
vorübergehende, offene oder versteckte Koalition, Zusammenarbeit mit  
der Kapitalistenklasse und deren Parteien ist mit dem proletarischen  
Grundinteressen unvereinbar, schwächt das Proletariat, hemmt seinen  
Klassenkampf, verfälscht ihn und führt das Proletariat letzten Endes  
in furchtbare Katastrophen! Seit 1914 hat das Proletariat das an eigen-  
 en Leib erfahren. Seither hat sich nichts am Reformismus geändert:  
 der heutige "staatsnahe" Reformismus ist um kein Gran besser als der  
 alte: er ist nur noch verfaulter, weil er in der Epoche, in der die  
 furchtbare Lage der Massen nach der sozialistischen Revolution geradezu  
 schreit, im Trotz der untergehenden Kapitalistenklasse marschiert und  
 das Proletariat damit in weitere fürchterliche Katastrophen zu führen  
 droht. Was die verschiedenen Reformen in England und so weiter betrifft,  
 so sind sie Zugeständnisse der herrschenden Klasse bei völliger Auf-  
 rechterhaltung ihrer Macht. Die Kapitalistenklasse macht momentan  
 einige Zugeständnisse, weil sie nicht anders kann, weil ihr die  
 Stimmung der Massen nach dem Kriege das nahelegt. Sie überläßt der SP,  
 der LP das Ruder, aber sie selbst bleibt auf der Kommandobrücke. Sie  
 gibt letztendlich die Befehle, auch wenn das für die Massen nicht  
 leicht erkennbar ist. Das grundlegend wichtigste für die Kapitalisten-  
 klasse bleibt dabei, ob es sich um England, Schweden, Österreich oder  
 sonst ein kapitalistisches Land handelt, die Erhaltung ihrer ökonomi-  
 schen und politischen Macht. Und diese tastet die SP nirgends, auch  
 nicht im "sozialistischen" England, an. Sie kann sie gar nicht antasten,  
 denn diese Macht ist nicht mit Reformen, sondern nur mit einer  
 Revolution zu vernichten.

### Koalitionspolitik - Prinzip oder Taktik?

Indes Hindels die Grundfrage der Koalitionspolitik als eines der Hauptprobleme, die sich zwischen Reformismus und Linksozialismus erheben, aufzeigt, geht er durchaus in der richtigen Richtung. Aber er geht diesen Weg nicht mit voller Konsequenz.

Wir haben oben gesehen: er bestreitet, daß die Koalitionspolitik ein prinzipielles Merkmal des Reformismus sei, Dabei verirrt er sich - indem er die verschiedenen Formen der Koalitionspolitik nicht näher untersucht und die Kernfrage außeracht läßt: daß der Reformismus den bestehenden kapitalistischen Staat durch seine Koalitionsgrundeinstellung, seine Einstellung auf die Zusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse, mit deren Parteien letzten Endes stützt, das Proletariat in eine Stütze des Kapitalismus verwandelt und damit von seinem Klassenweg abbringt. Dort, wo die Kapitalistenklasse an die Stelle der demokratischen Form ihrer Herrschaft die faschistische gesetzt hat, ändert der Reformismus nicht ein Jota an seiner Koalitionsgrundeinstellung: er strahlt nach wie vor die Zusammenarbeit mit den "demokratischen", "anständigen" Parteien der Bourgeoisie an, geht auf die Wiederherstellung der demokratischen Herrschaft des Kapitals aus, wie wir das nach 1945 ganz praktisch in Österreich, Deutschland, Italien sehen

Die Koalitionsgrundlinie, -einstellung, -politik ist das prinzipielle Merkmal des Reformismus. Sie tritt offen, versteckt, maskiert auf, je nach den konkreten Bedingungen, die vorliegen. Sie ist die Grundlinie jeder SP, und spiele sie sich noch so "links" auf! Auch die SPÖ, vor 1934 und nach 1945, wie in der dazwischenliegenden Periode, war und ist also eine reformistische Partei: ihre Koalitionsgrundlinie und -politik zeigt sich heute offen, wo sie mit der Kapitalistenpartei in der Regierung sitzt; sie wird morgen versteckt sein, wenn die SP in "Opposition" tritt, sie wird völlig maskiert sein, wenn die SP eine "rein sozialistische Regierung" bildet, wie heute die Labour Party, und die schwedische SP.

Wir haben oben darauf hingewiesen: die Koalitionlinie und -Politik ist vollständig unvereinbar mit den proletarischen Grundinteressen. Sie steht zu diesen in diametralem Gegensatz. Der Sozialismus, die gewaltigste gesellschaftliche Umwälzung, die längst auf der geschichtlichen Tagesordnung steht, läßt sich nicht mit, sondern einzig gegen die Kapitalistenklasse durchführen, nicht in Zusammenarbeit mit ihr, sondern nur auf dem Wege ihres revolutionären Sturzes. Hier, bei der Grundfrage der Koalitionlinie und -politik gehen die Wege auseinander: hier Reformismus, und sei er noch so "links" aufgemacht - hier revolutionärer Sozialismus, tatsächlich ernster Linksozialismus. Hier scheiden sich die Geister: kleinbürgerlicher Reformismus, der jämmerlich am kapitalistischen Frack herumflücht - oder revolutionärer Sozialismus, der die verfaulte kapitalistische "Ordnung" hinwegfegt und die sozialistische Gesellschaft an ihre Stelle setzt. Es ist klar, daß es für einen tatsächlich revolutionären Linksozialismus nur eine Wahl geben kann: den Weg zu sozialistischer Revolution zu betreten, mit dem Reformismus, seiner Koalitionsgrundlinie prinzipiell zu brechen.

Hindels ist nicht auf diesem Wege. Für ihn ist die Koalition, die Zusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse, mit ihren Parteien wenigstens zeitweise unvermeidlich. Er behauptet, daß die Linksozialisten "keine starren Dogmatiker", "keine sektiererischen Prinzipienreiter" sind. Sie lehnen nur die Koalition "auf lange Sicht" ab. Besonders hebt er hervor, daß es außenpolitische Faktoren sein können, die eine zeitweise Koalition mit bürgerlichen Parteien notwendig machen. Für Hindels verwandelt sich daher die Frage der Koalitionlinie und -politik in eine taktische Frage.

Untersuchen wir seine Argumentation näher. Warum gibt er zB keine konkrete Analyse einer solchen außenpolitischen Lage, für welche er die Notwendigkeit der Koalitionspolitik anerkennt? Er hat ja sicherlich die Lage von 1945 in Österreich im Auge. Wie sah diese konkret aus? Die Wiedererrichtung der bürgerlich-demokratischen Republik in Österreich im Jahre 1945 ist das Ergebnis zweier entscheidend wirkenden Kräfte. In den Vereinbarungen der "Alliierten" über Österreich stimmte die SU der Wiederherstellung der politischen Verhältnisse, wie sie vor 1938 bestanden, zu. Sie anerkannte damit die kapitalistische Ordnung für Österreich. Die Stalinbürokratie half so aktiv mit, den österreichischen Kapitalismus aufzurichten und holte Renner aus der Versenkung. Unter Patronanz der roten Armee, die es unterließ, auch nur im geringsten die revolutionäre Initiative der Massen zu wecken und zu fördern, ihr im Gegenteil entgegentret, wurde die kapitalistische Regierung aufgerichtet, in der die Fischer & Co. wichtige Positionen besetzten. Diese Haltung der Stalinbürokratie sollte den Imperialisten beweisen, welcher Verständigungsbereitschaft und Strebens nach Zusammenarbeit die SU bereit sei. Deshalb hob sie die österreichische Bourgeoisie in den Sattel. Und diese konnte sich nur halten dank der willfährigen Bereitschaft von SP (und Stalinpartei) zur Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie und ihren außenpolitischen Beschützern.

Das sind die Tatsachen, wie sie vorlagen. Daß die Stalinbürokratie, ihre Partei die Stalinpartei, und die SP durch die Koalition mit der Bourgeoisie das Programm der Revolution preisgaben, ist klar. Sie opfer-ten die Massen dem kapitalistischen "Wiederaufbau", dh der Restauration des österreichischen Kapitalismus und der Wiederaufrichtung seiner Macht in Wirtschaft und Staat. Die oben geschilderte Lage war doch sicherlich eine solche außenpolitische Lage, die Hindels im Auge hat, wenn er die zeitweise Koalition rechtfertigen will. Die Frage erhebt sich also: war damals, 1945, kein Raum für eine entschlossene revolutionäre Politik in Österreich? (Und was für Österreich gilt, gilt genau so für Frankreich, Italien usw.)

Wir bejahen diese Frage. Das konsequente Beharren auf der revolutionären Linie, die absolute Ablehnung jeder, auch nur geringsten Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie und ihrer Partei hätte den Massen sofort den Rücken gesteuft. Sie wären daran gegangen, ihre Organe, die Fabrikkomitees zu organisieren und Produktion wie Verteidigung in die Hand zu nehmen. Die Arbeiter hätten sich bewaffnet. Sie hätten fast ohne äußere Anstregung die Macht in die Hände genommen - wenn eine Kraft dagewesen wäre, die sie dazu angeleitet hätte. Die ersten instinktiven Schritte in dieser Richtung haben da und dort die Arbeiter auch gemacht. Würde sich hinter ihre Aktion noch dazu die Rote Armee gestellt haben - Österreich wäre heute ein Arbeiterstaat (keine "Volkdemokratie" wohlge-merkt!). Aber, rufen da die Reformisten (wie auch die Koplenig & Co.), ihr hättet wohl die Macht gehabt, aber ihr wäret verhungert! Einen Moment: woher wißt ihr das so genau? Ihr bleibt in euren reformistisch-bürokratischen Ansichten festgefahren, wenn ihr das als so sicher annehmt!

Damit will ja heute noch die SP ihre Koalition, ihre Rolle als Lakai der österreichischen wie ausländischen Bourgeoisie begründen: die Not zwang uns in die Koalition, die Besatzungsmächte hätten uns erdrückt usw. Kein Wunder, daß die SP so argumentiert. In Wahrheit liegt die Sache jedoch anders.

Die fast opferlose Aufrichtung der Macht der Arbeiter und armen Bauern im Jahre 1945 hätte die kapitalistischen Großbetriebe sofort und ohne Entschädigung enteignet und ihre Verwaltung in Arbeiterhände gelegt. Welcher Klan hätte die Arbeiter erfaßt, wenn sie den Wiederaufbau nicht für die im Westen sitzenden Kapitalisten, sondern für sich, im Interesse der breiten Massen vorwärtsgetrieben hätten! Sie hätten den Großgrundbesitz entschädigungslos enteignet, den Boden in die Hände der Kleinbauernkomitees gegeben, die ihn verteilt hätten. Die Flakabwehr unter

Leitung der Arbeiter hätte ihren Beginn genommen und bald hätten sich die ersten Resultate gezeigt.

Wäre das alles schwierig gewesen? Zweifelloser. Aber die Massen hätten diese Schwierigkeiten auf sich genommen, auch den Hunger: sie hätten für sich, für ihr Werk die ersten Jahre gelitten und gehungert - und nicht für die kapitalistischen Geldsäcke! Aber auch die Ernährungsfrage wäre bald einer Lösung zugeführt worden: nicht nach Profitinteressen wäre in der Industrie produziert worden, sondern für die Massen, vor allem Industriearbeiter für die Bauern, die dafür wieder Lebensmittel in die Stadt geliefert hätten. Den Widerstand der Großbauern hätte die proletarische Macht bald gebrochen. Diese revolutionäre Lösung zu unterstützen wäre vor aller Aufgabe der Roten Armee gewesen. In den Händen der Stalinbürokratie handelte sie genau entgegengesetzt. Ein Arbeiter-Österreich hätte als revolutionärer Herd ausgestrahlt auf Westösterreich, auf das ganze revolutionierte Europa und so heißen Boden für die Imperialisten erzeugt.

Aber nehmen wir selbst an, daß die Aufrichtung der Arbeitermacht im ersten Moment nicht gelungen wäre. Die unverzeihliche Ablehnung jeder, auch nur geringsten Zusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse, mit der ÖVP, der energische Kampf für die Interessen der breiten Massen, ausgerichtet auf den Sturz der Bourgeoisie, auf die Aufrichtung der Macht der Arbeiter und armen Bauern - diese unverzeihliche revolutionäre Politik wäre vom ersten Tage an möglich (und notwendig) gewesen. Niemand konnte die SP zwingen, in die Regierung zu gehen. Diese revolutionäre Politik hätte das Bewußtsein der Massen gehoben, ihre Kampfkraft gestärkt sie zusammengeschlossen und die Bourgeoisie bald reif für den Sturz gemacht.

Aber hätten die Besatzungsmächte nicht eine solche Politik verhindert und eine Partei, die ihren Weg gegangen, unterdrückt? Sicherlich. Aber welche Wirkung hätte das gehabt? Die Massen hätten so sehr rasch das wahre Gesicht der Besatzungsmächte kennengelernt und jede Illusion über sie verloren. Diese Mächte hätten einen heißen Boden unter den Füßen gehabt, den sie wahrscheinlich früher gerannt hätten, um die revolutionäre Wirkung auf die Soldaten zu verhindern. Und außerdem: saßen nicht damals in Frankreich und Italien SP und Stalinpartei in der Regierung? Kam nicht im Sommer 1945 die Labour Party "an die Macht"? Hätten sich SPÖ-KPO nicht an diese Regierungen wenden müssen, um das Vorgehen der Besatzung gegen die revolutionären Arbeiter zu verhindern? Hätte nicht die Stalinpartei, die heute soviel vom proletarischen Internationalismus spricht, ihn damals in die Tat umsetzen können?

Aber das sind, so wird auch Hindels antworten, Fieberträume und Phantasien, die den Boden der Wirklichkeit unter den Füßen verlieren. Das aber war immer noch die Rede aller jener, die nicht ernstlich an die Kraft der Massen, des revolutionären Programms glauben. Mögen sie sich, mag auch Hindels sich ehrlich Rechenschaft darüber geben: waren die Massen 1945 ihrer Macht näher als heute oder nicht, trotz Kriegsende und Besatzung?

Hätte nicht auch die Stalinbürokratie und die Rote Armee im Bewußtsein der Massen völlig jeden Boden verloren, wenn sie einer solchen revolutionären Aktion entgegengetreten wären? Selbst eine Niederlage der revolutionären Erhebung hätte schließlich das Bewußtsein der Arbeiterklasse gehoben. Sie hätte ein Beispiel gehabt so wie den Februar 1934, an welchem sie sich trotz Niederlage wiederaufgerichtet hätte. Heute haben sie, dank der Koalition "aus ausserpolitischen Gründen" den wiederhergestellten Kapitalismus vor sich, die erstarkte Macht der Bourgeoisie, die wieder fest im Sattel sitzt. Allerdings, eines wäre bei dieser revolutionären Politik nicht möglich gewesen: die Besetzung von so und so viel Posten im Staat und Gemeinde durch die SP-Bürokratie, durch die Reformisten. Sie hätten keinen "Einfluß" gehabt - bei der Bourgeoisie! Aber sie hätten dafür das heiße Kampfvertrauen der Massen eingetauscht!

Venn die ernst denkenden sozialistischen Arbeiter diese beiden Rechnungen, die wir hier gegenüberstellten, nüchtern prüfen, dann werden sie zur Überzeugung kommen, daß auch die komplizierteste "ausenpolitische Situation" keinesfalls die Koalition, die Zusammenarbeit mit den Kapitalisten und ihren Parteien notwendig macht. Revolutionäres Denken heißt kühn denken, auf die Kraft der Massen bauen, nicht aber kleinliche Berechnungen auf Schulmeisterart aufstellen mit tausend Wenn und Aber! Die Koalition von 1945 (in die auch die Stalinpartei hineinging) war ein genau dieselbe Katastrophe für das Proletariat wie die von 1918. Damals haben die Kanner und Co. genau so von Niederlage und Zusammenbruch geredet, die es angeblich notwendig machten, mit den bürgerlichen Parteien zusammenzuarbeiten. Das Resultat ist bekannt: die Februarkatastrophe und was sich anschloß.

Hindels kann also nicht bestreiten, wer die zeitweise Zulässigkeit der Koalition bejaht, wer die Koalition für eine taktische Frage hält und nicht für eine prinzipielle, der macht dem Reformisten nur die Mauer. Hindels soll doch prüfen: haben die "sturen Logiker", die "kleinlichen Prinzipienreiter" nicht einen glänzenden historischen Sieg für sich zu buchen: die siegreiche russische Revolution von 1917 (die Stalin seit 20 Jahren ruiniert), diesen grandiosen Sieg der revolutionären Arbeiterdemokratie (die Stalin zertrümmerte und durch die bürokratische Diktatur über die Massen ersetzte)? Was haben die Koalitionstaktiker dem entgegenzustellen? Eine Serie furchtbarer Katastrophen seit 1914 für das Proletariat, Scheinfolge, vorübergehende Konzessionen der erschrockenen Bourgeoisien wie nach 1918 und wie heute, Konzessionen, die sie morgen wieder glatt annullieren wird! Und was beim englischen und schwedischen "Sozialismus" noch herauskommen wird, das wird sich noch zeigen! Es gibt also keine Wahl; wer wirklich vorwärts will, wer nicht mittags stehen bleiben will, der muß konsequent die revolutionäre Linie betreten, muß erkennen, daß die Koalitionsfrage eine prinzipielle Frage ist, daß die Koalitionspolitik in prinzipiellem Gegensatz zur proletarischen Linie, zum proletarischen Klassenkampf steht.

Die revolutionäre Linie, die Linie des proletarischen Klassenkampfes ist völlig unvereinbar mit jeder Koalitionseinstellung, mit jeder Koalitionsgewinnung, da sie, wie Hindels selbst richtig sagt, "...die Knapfkraft der Arbeiterschaft lähmt, die sozialistische Zielsetzung verdunkelt und, auf lange nicht gesehen, die Partei in eine kleinbürgerliche Wohlfahrtsanrichtung verwandelt".

Reformistische und revolutionäre Staatsauffassung

Als zweites Hauptproblem untersucht Hindels die Frage der Staatsauffassung. Bevor wir auf seine Argumentation näher eingehen, wollen wir klarlegen, worin die revolutionäre Staatsauffassung, also die marxistische, besteht. Im Kommunistischen Manifest sagen Marx-Engels bereits, daß "...die moderne Staatsgewalt nur ein Ausschuss ist, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet". Diesen Standpunkt ergänzte Marx nach der Erfahrung der Pariser Kommune von 1871 dahin, "daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann". Und im berühmtesten Brief an Kugelmann legte Marx die letzte entscheidende Folgerung dar, daß "...nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andere zu übertragen" ist, sondern daß diese Maschine "zu zerbrechen" ist. "Und dies ist", sagt er weiter, "die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent". Also Zerbrecher, gewaltsames Zerbrechen der kapitalistischen Staatsmaschinerie, das ist der Kernpunkt der marxistischen Staatsauffassung.

Hindels schildert die reformistische Staatsauffassung sehr gut. Ihr Wesen ist: es bleibt eigentlich alles beim Alten, der kapitalistische Machtapparat wird in seinem Kern nicht angerührt. Und Hindels erkennt, "daß der alte, nach den Bedürfnissen des Klassegegners geschnittene Staatsapparat für die

Mindels schildert die reformistische Staatsauffassung sehr gut. Ihr Wesen ist; es bleibt eigentlich alles beim alten, der kapitalistische Machtapparat wird in seinem Kern nicht angerührt. Und Mindels erkennt, "daß der alte, nach den Bedürfnissen des Klassengegners gezimmerte Staatsapparat für die sozialistische Umgestaltung nicht brauchbar ist". Aber was macht er aus dieser Erkenntnis? Er kommt zu dem Schluß, daß "es die vornehmste Aufgabe des sozialistischen Ministers ist, sich mit sozialistischen Beamten zu umgeben, die reaktionäre Bürokratie - und möge sie über noch so große Erfahrung verfügen - auszuschalten".

Nun, diese Erkenntnis hat nichts mit der revolutionären Staatsauffassung zu tun. Mindels will also nicht bloß die ministerielle Spitze austauschen, sondern anstelle der alten kapitalistischen Sektionschefs sozialistische Beamte setzen, im übrigen also den Apparat, wie ihn die Bourgeoisie für ihre Zwecke aufrichtete, bestehen lassen. Aber dieser alte Apparat ist von oben bis unten durchaus auf die Niederhaltung der Massen eingesperrt, er ist Unterdrückungsapparat der Bourgeoisie gegen die Massen. Und was Mindels richtig sieht für den "sozialistischen" Minister, daß er nämlich bald der Gefangene der alten Bürokraten ist, das gilt genau so für die sozialistischen Beamten. Auch sie werden sehr bald sich als ebenso brauchbare Organe der Masseniederhaltung erweisen. Sie werden vom übrigen kapitalistischen Apparat verschlungen werden - so wie der sozialistische Minister, an dem dies Mindels sehr gut erkennt. Es ist die ganze machtvolle Tradition des kapitalistischen Unterdrückungsapparats, die auch den mit besten Vorsätzen ausgerüsteten sozialistischen Beamten schließlich zur Strecke bringt - oder wieder aus dem Apparat hinausdrängt. Hier, in der Frage des Staatsapparats, kennt die Kapitalistenklasse kein Nachgeben. Sie ist für die die entscheidende. Sie verzichtet sogar vorübergehend auf ihren Profit, wie 1917 in Rußland, sabotiert selbst die Produktion - aber sie läßt in der Frage des Machtapparats nicht locker. Ja, die Aufrechterhaltung des entscheidenden kapitalistischen Kernapparats ist überhaupt Voraussetzung, bevor sie sich auf die Koalition, auf die "rein sozialistische" Regierung einläßt!

Die marxistischerevolutionäre Staatsauffassung verlangt die Zerschlagung des alten kapitalistischen Apparats und seine Ersetzung durch den Machtapparat der Arbeiter und armen Bauern, der die der Bourgeoisie entwundenen Massen in der Hand hält. Dieser Apparat tritt an die Stelle des alter stehenden Heeres und des alten bürokratischen Apparats. Jeder Beamte ist wählbar und jederzeit absetzbar. Der Höchstgehalt darf dabei den Durchschnittslohn eines Arbeiters nicht überschreiten. Diese grundlegenden Lehren zog Marx und Engels aus der Pariser Kommune von 1871. Und dieser Apparat ist im Wesen kein Staat im alten Sinne mehr; jetzt ist die Mehrheit der Bevölkerung bewaffnet, während unter der schönsten "rein sozialistischen" Regierung immer eine Minderheit bewaffnet bleibt, der die unbewaffnete Mehrheit der Bevölkerung gegenübersteht. Und dieser wirklich sozialistische, proletarische Machtapparat ist nur zu schaffen durch die Zerschlagung, Zerschlagung des alten kapitalistischen Apparats, und nicht durch die tropfenweise Einsetzung von sozialistischen Beamten in den alten Apparat, die mit der Assimilierung dieser Beamten durch den alten kapitalistischen Apparat endet, endet muß.

Mindels ist also von der revolutionären Staatsauffassung meilenweit entfernt. So viel richtiges er auch zu der Frage der Staatsauffassung sagt; er verbleibt im Wesen durchaus auf dem Boden der reformistischen Staatsauffassung. Er unterscheidet sich von den Reformisten höchstens durch - eine Illusion mehr. Es klingt sehr schön, wenn er schreibt, daß "eine neue Gesellschaft nicht in der parlamentarischen Ratorte erzeugt, sondern im revolutionären Kampf geboren werden muß". Dieser revolutionäre Kampf konzentriert sich in seiner höchsten Zuspitzung um die Frage des Machtapparats. Der kapitalistische Staatsapparat stellt sich unvermeidlich der revolutionären Aktion entgegen. Er muß zerschlagen werden.



Der kapitalistische Staatsapparat stellt sich unvermeidlich der revolutionären Aktion entgegen. Er muß zerschlagen werden, er kann nicht erhöht werden, nicht durch Stimmgeld, nicht durch noch so viele sozialistische Beamte um den sozialistischen Minister!

Wir schreiben eingangs: die Kernfrage bleibt die Frage der Koalitionspolitik. Gerade in der tatsächlichen unvermeidlichen Aufrechterhaltung des alten Staatsapparats, im Beibehalten der alten Bürokratie, der alten militärischen Befehlshaber usw. äußert sich die Koalitionspolitik, die Politik der Zusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse auf staatlichem Gebiet. Du läßt mir meinen Staatsapparat, in welchem ich dir einige unschuldige Positionen einräume, damit die Massen getäuscht werden, und ich lasse die dafür in die Regierung - so spricht die Bourgeoisie zur SP. Damit behält sie aber in der Tat jenes Instrument in der Hand, das ihr erlaubt, die schönsten Gesetze entweder nicht anzuwenden oder für ihre Interessen umzubiegen und eines Tages - die sozialistischen Minister in hohem Bogen aus der Regierung hinauszufördern!

### Die Frage des Klassenkampfes

Hier in dieser Frage, betont Hindels, sind die Meinungsverschiedenheiten zwischen Reformisten und Linksozialisten besonders tief. Vollkommen richtig sagt er, daß der Reformist den Klassenkampf ablehnt, weil er im Grunde seines Herzens die Aktion der Massen fürchtet. "Die außerparlamentarische Aktion der Massen, der direkte Einsatz der in den Betrieben zusammengeballten Klassenkraft des Proletariats lehnen sie ab", schreibt er ganz richtig. Besonders wendet sich Hindels gegen die neoreformistische Strömung, die bewußt und grundsätzlich die außerparlamentarischen Kampfaktionen der Massen ablehnt.

So weit, so gut. Vom revolutionären Standpunkt aus ist die außerparlamentarische Aktion der Massen, der Klassenkampf im Betrieb und auf der Straße der grundlegende Kampf, die Hauptaktionsform des proletarischen Klassenkampfes. Der parlamentarische Kampf ist vom revolutionären Standpunkt aus gesehen Feigenkriegsschauplatz, das Parlament dient dem sozialistischen Revolutionär nur als Tribune, von welcher aus er sich an die Massen wendet. Geht Hindels in der Richtung dieser revolutionären Auffassungen?

Es wäre gefehlt, das zu sagen. Was Hindels von den Reformisten, besonders von den Neoreformisten, unterscheidet ist, daß "die Linksozialisten die Beschränkung des Klassenkampfes auf die parlamentarische Tätigkeit ablehnen". Gegen die ungeheure Macht der Bourgeoisie, sagt er richtig, kann das Proletariat nicht bloß mit dem Stimmgeld, nicht ausschließlich mit parlamentarischen Methoden kämpfen. Und für "bestimmte Situationen" verlangt er die Mobilisierung der Massen, um "den Klassengegner unter Druck zu setzen".

Hier hat Hindels seinen wahren Standpunkt ausgesprochen. Es handelt sich für ihn um erhöhten Druck auf die Kapitalistenklasse - nicht aber um die Steigerung dieses Druckes bis zum Sturz der Bourgeoisie! Aber es ist schon ein Schritt vorwärts, wenn Hindels die absolute Notwendigkeit der Entfaltung des außerparlamentarischen Kampfes erkennt und vertritt. Und gerade diese Frage ist geeignet, ihn, wenn er dazu bereit und imstande ist, vor allem aber die wirklich nach links wollenden sozialistischen Arbeiter vorwärtszuführen.

Möge Hindels es nicht bei Worten lassen! Möge besonders die sozialistischen, nach links wollenden Arbeiter von dieser Frage der Entfaltung des außerparlamentarischen Klassenkampfes ausgehen! Den kleinsten Schritt in dieser Richtung, und wäre er noch so unbedeutend, wird jeder wirkliche Linksozialist mit aller Kraft fördern und unterstützen! und dies darum, weil gerade die Erfahrungen des außerparlamentarischen Klassenkampfes der Schlüssel sind, um zu voller Klarheit auch über die anderen Fragen zu gelangen, über die Grundfrage der Koalitionspolitik und die Grundfrage der revolutionären Staatsauf-

um zu voller Klarheit auch über die anderen Fragen zu gelangen, über die Grundfrage der Koalitionspolitik und die Grundfrage der revolutionären Staatsauffassung. Im praktischen Kampf in Betrieb und auf der Straße werden die ernstlich nach links strebenden Arbeiter erkennen lernen, daß es nicht genügt, beim bloßen Druck auf den Klassenfeind stehen zu bleiben; werden sie erkennen, daß Koalitionspolitik betreiben, und sei es auch nur vorübergehend, zeitweise, nichts anderes heißt als auf die Seite der Kapitalisten Klasse übergehen; daß der kapitalistische Staatsapparat nicht zu reformieren ist, sondern im revolutionären Massenkampf vernichtet werden muß; werden die Massen erkennen, daß sie sich ihre eigenen Kampforgane, Keinszellen der eigenen Macht, schaffen müssen, um den kapitalistischen Unterdrückerapparat zu zerschmettern. Die Frage des Massenkampfes, seiner Entfaltung ist daher jene Frage, die als ganz praktischer Ausgangspunkt genommen werden muß. Nur in diesem Kampfe werden die Massen, ihre bewußteren Elemente lernen, mit allem Halben und Zwiespältigen fertig zu werden und auf die Positionen des wirklichen Linkssozialismus überzugehen. Worte allein, und wären sie noch so richtig, können das nicht bewirken. Die Aktion lehrt am gründlichsten. Wenn die heute so unvollkommenen Linken, als deren Vertreter wir Hündels ansehen können, nur mit diesem einen Punkte wirklich Ernst machen, dann sind wir gewiß: jene, die bereit sind, aus der Erfahrung zu lernen, werden unvermeidlich den Weg zum wirklichen, revolutionären Linkssozialismus beschreiten.

Das die Ablehnung des Massenkampfes durch die Reformisten kein Zufall ist, ist klar. Sie wittern, daß die Aktion der beste Lehrmeister der Massen ist, ihr Selbstvertrauen hebt, ihr Kraftbewusstsein stärkt, sie zusammenschweißt. Von da aber bis zur offenen Wendung gegen den kapitalistischen Feind ist nur ein Schritt. Und das fürchtet der Reformist: die Massenaktion bedroht die Koalition, die Zusammenarbeit mit den Kapitalisten und ihrer Partei. Und gerade darum muß hier angepackt werden, ernst und entschlossen. Von hier aus werden sich die anderen Grundfragen am schnellsten und leichtesten lösen lassen. Ernst machen mit den Worten, und sei der Beginn noch so unzulänglich, darauf kommt es an.

#### Gegen Verdrehungen und Verfälschungen!

Hündels bemüht sich, sich vom Reformismus abzugrenzen. Wir haben gesehen daß seine Stellung jedoch noch weit davon entfernt ist, eine revolutionäre zu sein, daß sie keinesfalls die des revolutionären Linkssozialismus ist. Bei seinem Bestreben, sich von Verdrehungen und Verfälschungen des Reformismus abzugrenzen, unterlaufen ihm aber eine Reihe von Verdrehungen und Verfälschungen, besonders dort, wo er die Grenze gegenüber dem Kommunismus zu ziehen versucht. Zuerst einmal: Kommunismus darf heute in einer ehrlichen Polemik nicht mit Stalinismus gleichgesetzt werden! Das aber tut Hündels mehr als einmal. Fach ihn hat die Komintern nur "scheinbar" das Erbe der Vorkriegslinken angetreten. Richtig stellt er fest, daß die These von der unlösbaren Verknüpfung der Oktoberrevolution und ihres Staates vom Weitergang der internationalen Revolution Gemeingut der Bolschewiki war. Sehr richtig! Stalin war es, der, als Exponent der hochkommanden Bürokratie, diese These fallen ließ und 1924 die "Theorie" des "Sozialismus in einem Lande" entwickelte, die nur die Widerspiegelung der bürokratischen Interessen, den Verzicht der entartenden Sowjetbürokratie auf den weltrevolutionären Weg war. Das weiß heute die ganze Welt, das weiß auch Hündels. Warum dann Verdrehungen? Die Komintern war tatsächlich die legitime Erbin der Vorkriegslinken, ihre Politik war tatsächlich marxistisch-revolutionär und die Fortsetzung des Kampfes zwischen Reformismus und Marxismus aus der Vorkriegszeit des ersten Weltkrieges. Erst Stalin hat die revolutionäre Linie geopfert, die Komintern vom marxistischen Weg abgebrannt und damit zerstört.

Aber nach Hindels war die Politik der alten Komintern trotzdem nicht marxistisch. Warum nicht? Es ist erstaunlich, was Hindels vorbringt. Er schreibt von der damaligen Komintern: Die Methoden, die sie (die Kommunisten, Verf.) anwendeten, um mit Hilfe kleiner, revolutionärer Minderheiten die Macht zu erobern, waren typischer Blanquismus". Und als Hauptvertreter dieser blanquistischen (putschistischen) Politik bezeichnet er - Trotzki! Das ist glatte Geschichtsfälschung. Trotzki als Hauptvertreter der blanquistischen Politik! Sie lagen die Dinge wirklich! Die putschistische Tendenz in der alten Komintern bestand tatsächlich. Ihr Vater war aber Sinowjew, waren die Dimitroff & Co. Und hinter ihnen stand schweigend - Stalin! Lenin, und mit ihm Trotzki, traten energisch der sinowjew-stalinschen Abenteuerpolitik, die in Estland und Bulgarien zu furchtbaren Niederlagen führte, von Anfang an entgegen! Das ist die geschichtliche Wahrheit. Was Hindels wiedergibt, stammt aus der stalinschen Arsenal der Geschichtsfälschungen. Es besteht wahrlich keine Notwendigkeit, in dieselbe Kerbe zu hauen. Trotzki war es, der stets die Grundmaxime des Marxismus vertrat, daß die Revolution nicht das Werk einer kleinen, bewaffneten Minderheit sein, sondern daß sie ~~zuerst~~ nur als Aktion der revolutionären Massen gelingen könne, daß daher die revolutionäre Partei auf dem Wege zur revolutionären Erhebung die Mehrheit des Proletariats gewinnen müsse (allerdings nicht im bürgerlichen Parlament, sondern in den Arbeiterräten), um den Auftakt zu einem siegreichen zu machen. Dies zu verkünden, wurde Trotzki bis an sein Lebensende nicht müde. An die Stelle der revolutionären Strategie hat Stalin die militärisch-polizeilich-bürokratischen Methoden gesetzt, wie sie zB in Rußland, in den "Volksdemokratien" geübt werden, die nichts sind als Polizeiherrschaft über die Massen, über die Arbeiterklasse im Interesse einer bürokratischen Kaste mit Marxismus, mit revolutionärer Strategie haben diese stalinschen Methoden und Manöver nichts gemein. Möge Hindels versuchen, das, was er Trotzki zuschreibt, an der Hand auch nur eines ~~zuerst~~ einzigen Dokuments, ja auch nur einer einzigen Zeile aus seinen Werken beweisen! Es wird ihm nicht gelingen. Das Verfälschen der geschichtlichen Wahrheit aber kann Hindels ruhig Stalin und seiner Clique überlassen.

Es gäbe im Artikel von Hindels noch manches, das zu berichtigen wäre. Er verballhornt manchmal die Dinge, daß einem schwindelt. So zB dort, wo er über das Verhältnis von Linksozialisten und Kommunisten spricht, wo es aber ganz klar ist, daß er wieder Kommunisten und Stalinisten gleichsetzt. Zu diesen Fragen Stellung zu nehmen, wird sich noch Gelegenheit bieten. Wir empfehlen jedenfalls Hindels, sich an die geschichtlichen Tatsachen zu halten. Das Proletariat ist genug verwirrt durch die Blut von Lügen, Verleumdungen, Verdrehungen und Fälschungen, die sowohl von der reformistischen wie von der stalinistischen Seite her kommen. Ein ehrlicher Linksozialist muß sich bemühen, der geschichtlichen Wahrheit den Weg zu bahnen, seine Polemik sauber zu halten. Sonst wird er zum Helfer beider, des Reformismus und Stalinismus!

#### Charakter der heutigen Position von Hindels

Wir haben versucht, die Stellung von Hindels mit der des wirklichen, revolutionären Linksozialismus zu konfrontieren. Sein heutiger Standpunkt ist also keinesfalls der des revolutionären Linksozialismus. Hindels muß sich klar darüber werden: der revolutionäre Linksozialismus verlangt eine klare Entscheidung über die Frage des Verhältnisses zwischen Proletariat und Kapitalistenklasse. Entweder unversöhnlicher Klassenkampf gegen die gesamte Bourgeoisie, also prinzipieller Bruch mit jeder Koalitionspolitik, mit der Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien oder Billigung dieser Zusammenarbeit, wenn auch mit Einschränkungen. Letzteres heißt aber, daß man noch durchaus auf dem Boden des Reformismus verbleibt, sich von ihm nur taktisch trennt. Daß sich der Standpunkt von Hindels von dem der Schärf, Helmer und Co. unterscheidet ist sicher. Aber er ist deshalb noch lange nie der des revolutionären Linksozialismus! Hindels bleibt auf demselben Wege stehen, er versucht eine Mittelstellung einzunehmen. In der Politik wird eine Position zwischen Reformismus und revolutionärem Marxismus eine

zentristische genannt. Wir können daher die heutige Stellung von Hindels bestenfalls als eine zentristische bezeichnen. Aber sie ist keine entwickelte zentristische Position, denn diese versucht auch Teile des revolutionären Programms in sich aufzunehmen. Hier gibt es bei Hindels höchstens Andeutungen, aber keine klar ausgesprochenen Sätze. In der eigentlichen Grundfrage, der der Koalitionspolitik, neigt er eher zu einer linkareformistischen Stellung.

#### Was nun?

Es ist klar, daß die Bewertung der heutigen Stellung von Hindels nicht moralisch, sondern politisch zu nehmen ist. Er schreibt, daß er im offenen, ehrlichen Kampf für seine Position die Wahrheit der Partei gewinnen will. Hier ist der Punkt, wo sich zeigen wird, ob es Hindels selbst mit seiner unvollkommenen, unzulänglichen Position ernst ist. Ernst machen, selbst wenn die heutige Position noch weit entfernt ist, eine revolutionäre zu sein! Ernst machen und handeln, um die Wahrheit der Partei zu gewinnen! Das muß Hindels tun, nicht bloß schreiben! Nochmals: die Position Hindels ist keine revolutionäre, keine ernstlich linkssozialistische. Aber der Kampf, selbst nur für diese halbe Position in der Partei Boden zu gewinnen, wird seine Lehren zeitigen, wird Illusionen zerstören. Möge Hindels, wie wir oben schon sagten, vor allem die Frage des außerparlamentarischen Kampfes ernstlich aufrollen. Hier, mit dieser Forderung, muß er sich vor allem an die sozialistischen Arbeiter wenden. Nicht die Reformisten, die Scharf, Helmer & Co. werden ihn verstehen, sondern die Arbeiter, die ständig im Interesse des "sozialen Friedens" zur Passivität erzogen werden. An die Jugend muß er sich wenden, sie wird die Frage des ~~Kampfes~~ aktiven Kampfes begeistert aufgreifen. Von der Frage des Massenkampfes aus, die ja Hindels bloß als Druckmittel anwenden, also durchaus nicht revolutionär gebrauchen will, von dieser Frage aus werden sich die anderen mit der Aktion, in der Aktion klären! Ob Hindels auf diesem Weg der Klärung gelangen kann, wird sich erst erweisen. Das aber die aktiven sozialistischen Arbeiter auf ihn gelangen werden, daß sie es sein werden, die schließlich zum revolutionären Linkssozialismus, wenn nötig mit neuen Führern, vorwärtsgen werden, daran zweifeln wir nicht. Sie werden im Verlaufe des Kampfes, im inneren Parteikampf und erst recht im Kampf im Betrieb und auf der Straße, bald mit allem Halbem und Zwitterhaften fertig werden. Sie werden zum revolutionären Marxismus vorwärtsschreiten, zum unversöhnlichen Bruch mit der Kapitalistenklasse, mit ihren Parteien, zum Bruch mit dem Reformismus in allen seinen Schattierungen!

Ende Oktober 1948.

Revolutionäre Linkssozialisten

PS: Diese Arbeit war schon geschrieben, als Erwin Scharf seine Broschüre "Ich darf nicht schweigen" veröffentlichte. Unsere nächste Arbeit wird der Analyse seiner politischen Linie gewidmet sein.

**w e i t e r g e b e n !**